



# Soziale Stadt

## info 9

[www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de)

Der Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt

Juni 2002

### Schwerpunkt:

Ressourcenbündelung  
im Programm Soziale Stadt ..... 2

„Anbandeln und bündeln“ –  
Ressourcenbündelung in Berlin ..... 10

„Soziale Stadt – meine Sicht“ ..... 12

Das Netzwerk Lokale Ökonomie  
Nordrhein-Westfalen ..... 13

Wohnen und Leben in  
Neunkirchen – Themenkonferenz  
zu Wohnungsmodernisierung  
und Wohnumfeldverbesserung ..... 14

Kongressbericht „Die Soziale Stadt –  
Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft“ 17

Hinweise zum Bezug  
von Soziale Stadt info ..... 16

Impressum ..... 19

Veranstaltungshinweise ..... 20

### Liebe Leserin, lieber Leser,

Ressourcenbündelung im Sinne des Programms Soziale Stadt ist ein strategischer Ansatz zum gebietsbezogenen Einsatz von finanziellen und personellen Mitteln – so lautet eine Kernaussage des Difu-Positionspapiers zum Schwerpunktthema dieses Infos. Doch in der bisherigen Praxis zeigen sich noch etliche Umsetzungsprobleme hinsichtlich des koordinierten Handelns verschiedener Fördermittelgeber und des abgestimmten Einsatzes von Ressourcen auf der Basis von Integrierten Handlungskonzepten. Es bedarf noch einiger Anstrengungen, um die fachübergreifende Zusammenarbeit und die konzeptionelle Abstimmung auf allen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden, Quartiere und Projekte) zu verbessern.

In dem Beitrag über Erfahrungen mit Ressourcenbündelung in Berlin wird dieses Defizit bestätigt, beklagt wird das Fehlen „struktureller Mittelbündelung“, sodass für jeden Einzelfall Bündelung „hart erkämpft“ werden muss. Auch aus Sicht eines Hessi-

schen Wohnungsunternehmens wird die Mühsal der praktischen Ressourcenbündelung erkennbar.

Vernetzung der Akteure und Erfahrungsaustausch werden zu zentralen Elementen der Sozialen Stadt. In Nordrhein-Westfalen hat sich ein eigenes Netzwerk für das zunehmend an Bedeutung gewinnende Handlungsfeld Lokale Ökonomie etabliert, über dessen Ziele und Arbeitsweise in diesem Info kurz berichtet wird. Auch auf der Themenkonferenz in Neunkirchen zeigte sich, welche große Bedeutung das Zusammenführen der Akteure und Initiativen vor Ort hat.

■ Ihre Projektgruppe Soziale Stadt

# Ressourcenbündelung im Programm Soziale Stadt

Ziel des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ ist es, die Lebenssituation der Menschen, die in den für das Programm ausgewählten benachteiligten Quartieren leben, nachhaltig zu verbessern. Dazu bedarf es umfassender Strategien zur Aufwertung der Gebiete. Diese Strategien sollen umgesetzt werden, indem investive Maßnahmen mit Maßnahmen zur Vorbereitung, Begleitung und Sicherung von Investitionen im Rahmen der städtebaulichen Erneuerung verknüpft werden. Sie sollen außerdem durch die Einbindung aller Ressourcen und Kompetenzen aus den unterschiedlichsten Politikfeldern gebündelt werden (vgl. hierzu VV-Städtebauförderung 2002, S. 13 f.; ARGEBAU 2000, Kapitel 6).

Die Soziale Stadt ist ein Programmbe- reich der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) und den Ländern getragenen Städtebauförderung, die die Stär- kung von Städten als Wirtschafts- und Wohnstandorten zum Ziel hat. Sie ist ein eigenständiges Investitionspro- gramm auf der Basis von Art. 104a Abs. 4 Grundgesetz (GG) mit einem eigenen Haushaltstitel im Bundes- haushalt.

## Programmbereiche städtebaulicher Maßnahmen\*

Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Städten und Dörfern nach den §§ 136 bis 171 Baugesetzbuch (BauGB) in allen Ländern	Förderung von Maßnahmen des Stadtumbaus in den neuen Ländern	Förderung von Maßnahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes zur Sicherung und Erhaltung historischer Stadtkerne in den neuen Ländern	Förderung von „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“
---	--	--	---

\*Quelle: VV-Städtebauförderung 2002, S. 6; eigene Darstellung.

Die finanziellen Mittel und die rechtlichen Möglichkeiten des Programms Soziale Stadt reichen zur Bewältigung der komplexen Problematik in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf nicht aus. Das Programm ist daher darauf angelegt, durch Bündelung der Fördermittel aus verschiedenen Ressorts und der Privatwirtschaft das benötigte Geld und zugleich das Know-how sowie Engagement dieser anderen Stellen in die Gebiete zu lenken. Gleichwohl sind seit Programmbeginn zusammen mit den Komplementärmitteln von Ländern und Gemeinden bereits rund 770 Mio. Euro in die Programmgebiete geflossen. Die geforderte kommunale Kofinanzierung ist aufgrund angespannter Haushaltslagen häufig schwierig.

## Ein zentraler Ansatz des Programms

Ressourcenbündelung im Sinne des Programms Soziale Stadt ist ein strategischer Ansatz zum gebietsbezogenen Einsatz verschiedener Ressourcen. Im Zentrum des Ansatzes stehen die Städtebauförderung und ihre Förderrichtlinien als eigenständiges Investitions- und Leitprogramm, das „eine Steuerungs- und Scharnierfunktion für die gesamte Quartiersentwicklung übernehmen“ kann (ARGEBAU 2000, Kapitel 4.1).

„Dominierten bisher die baulich-räumlichen und damit auch die investiven Aspekte der Stadterneuerung, so geht es heute zunehmend darum, die sozialen, ökonomischen, kulturellen und ökologischen Dimensionen von Revitalisierungs- und Entwicklungsprozessen zu bekräftigen, integrative Maßnahmekonzepte zu erarbeiten und umzusetzen sowie die lokalen Selbstorganisationskräfte zu mobilisieren. Die ressortübergreifende Kombination von Förderprogrammen, die stärkere Berücksichtigung nicht-investiver Maßnahmen und die Erprobung neuer Verwaltungs- und Managementstrukturen sollen dazu dienen, die vorhandenen Ressourcen für eine umfassende und integrierte Stadtteilentwicklung zu bündeln und den Mitteleinsatz zielgenauer, effizienter und gleichzeitig auch flexibler zu gestalten“ (Becker u.a. 1998, S. 4).

Dementsprechend heißt es in dem Leitfaden der ARGEBAU zum Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ in der Fassung vom 1. März 2000 unter 6.1 „Allgemeine Finanzierungsgrundsätze“: „Der neue Ansatz stellt die Bündelung der für die Stadtteilentwicklung relevanten Finanzen und Maßnahmen (Städtebau- und Wohnungsbauförderung, Wohnungswesen, Verkehr, Arbeits- und Ausbildungsförderung, Sicherheit, Frauen, Familien- und Jugendhilfe, Wirtschaft, Umwelt, Stadtteilkultur, Freizeit) als vordringliche Aufgabe auf der Ebene des Landes und der Gemeinde deutlich heraus“ (ARGEBAU 2000). Und unter 6.2 „Förderrechtliche Grundlage“ wird ausgeführt: „Mittel Dritter (z.B. Wohnungsunternehmen, Mittel der europäischen Strukturfonds, Arbeitsförderprogramme) sind in die Projektfinanzierung einzubinden“ (ebenda). Der Leitfaden wird durch

die zwischen Bund und Ländern getroffenen jährlichen Verwaltungsvereinbarungen zur Städtebauförderung der Programmumsetzung verbindlich zugrunde gelegt.

Das Programm Soziale Stadt beschränkt sich deshalb nicht auf die Verbindung von verschiedenen Fördertöpfen zur Finanzierung einer Maßnahme oder eines Projekts. Um den strategischen Ansatz Ressourcenbündelung umzusetzen, bedarf es konzeptioneller Abstimmung auf den Ebenen Bund, Land, Kommune und bei der projektbezogenen Arbeit vor Ort.

Ressourcenbündelung meint daher weder die rein additive Zusammenführung verschiedener Förderprogramme in einem Gebiet, noch die Überführung mehrerer Programme in ein einheitliches Budget, sondern koordiniertes Handeln verschiedener Fördermittelgeber und abgestimmter Einsatz von finanziellen und personellen Ressourcen aus unterschiedlichen Politikfeldern auf der Basis integrierter Handlungskonzepte. Dabei steht die Verbindung von investiven Maßnahmen und Maßnahmen zur Vorbereitung, Begleitung und Sicherung dieser Investitionen im Zentrum.



Sitzung des ämterübergreifenden Arbeitskreises für alle Soziale Stadt-Gebiete in Nürnberg. Foto: Wolf-Christian Strauss

## Bund und EU

Voraussetzungen für den Erfolg des Programms sind die Intensivierung und die Verbesserung der fachübergreifenden Zusammenarbeit auf Bundesebene (ARGEBAU 2000, Kapitel 4.4). Die Bundesministerien kommen dieser Verantwortung auf verschiedene Weise nach<sup>1</sup>:

- Auf der Basis einer Bestandsaufnahme aller für die Stadtteilentwicklung relevanten Fördermöglichkeiten des Bundes<sup>2</sup> hat das BMVBW auf die Ausgestaltung anderer Bundesprogramme Einfluss genommen, bereits laufende Programme auf die Gebiete der Sozialen Stadt bezogen und Informationen über diese Programme auf seiner eigenen Internetseite und der des Deutschen Instituts für Urbanistik den Akteuren vor Ort zugänglich gemacht. Dies gilt etwa für das Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten – E&C“, das zwar keine eigenen Projektfördermittel zur Verfügung stellt, aber darauf angelegt ist, dass Mittel des Kinder- und Jugendplans durch die Mittelempfänger zu einem nicht unerheblichen Teil in Gebieten der Sozialen Stadt eingesetzt werden.

Allerdings kommen im Rahmen von E&C die Mittel für das Freiwillige Soziale Trainingsjahr (FSTJ) zum Einsatz<sup>3</sup>. Auch das Programm zur Aussiedlerintegration des Bundesministeriums des Innern konzentriert sich auf Gebiete der Sozialen Stadt<sup>4</sup>. Weitere



Ausschnitt aus einem Flyer des Christlichen Jugenddorfwerks zum Freiwilligen Sozialen Trainingsjahr in Neunkirchen.

Foto: CJA Neunkirchen

Bündelungseffekte ergeben sich daraus, dass andere, nicht spezifisch auf die Gebiete der Sozialen Stadt bezogene Programme gleichwohl in erheblichem Maße in diesen Gebieten eingesetzt werden. Dabei handelt es sich vor allem um Bundesmittel aus der traditionellen Städtebauförderung, der sozialen Wohnraumförderung und dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Die Bundesanstalt für Arbeit hat die Arbeitsämter ausdrücklich auf den besonderen Förderbedarf in den Gebieten der Sozialen Stadt hingewiesen<sup>5</sup>. Von besonderer Bedeutung ist hier das bewusst offen angelegte Programm der „Freien Förderung“ nach § 10 Arbeitsförderungsgesetz. In diesem Rahmen können unter anderem regionale, das heißt auch gebietsbezogene Akti-

vitäten zur Ausbildung und Qualifizierung Jugendlicher unterstützt werden. Inzwischen ist in die Ausführungsbestimmungen zur Freien Förderung ein Hinweis auf das Programm Soziale Stadt aufgenommen worden.

- Außerhalb von Förderprogrammen wurde die interministerielle Kooperation verstärkt. So wurde durch die Mitwirkung des BMVBW an einer interministeriellen Arbeitsgruppe die Arbeit des neu gegründeten Deutschen Forums für Kriminalprävention auch für die Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf nutzbar gemacht. Außerdem ist das Ministerium am Staatssekretärsausschuss „Jugendpolitik“ beteiligt.
- Auch die Wohlfahrtsverbände und sonstigen freien Träger sozialer Arbeit sind für den Erfolg der Stadtteilentwicklung von zentraler Bedeutung. Um hier Synergieeffekte zu ermöglichen, führt das BMVBW Gespräche mit den Repräsentanten der Verbände und Initiativen auf Bundesebene, teils auf Fach- und Arbeitsebene, teils auf politischer Ebene durch den Minister selbst. Gemeinsam mit dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland veranstaltete es Anfang 2002 eine Tagung zum Thema „Soziale Stadt: Entwicklung und Chancen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene in benachteiligten Vierteln“. Weiterhin unterstützte das Ministerium im Jahr 2001 gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik den seit Jahren immer im Dezember stattfindenden internationalen Kongress „Armut und Gesundheit“<sup>6</sup>.
- Schließlich unterstützt das BMVBW den von Deutschem Städtetag, AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., GdW Bundesverband deutscher Wohnungs-

unternehmen e.V., Schader-Stiftung, vhw Deutsches Volksheimstättenwerk e.V. – Bundesverband für Wohneigentum, Wohnungsbau und Stadtentwicklung und anderen Trägern im Jahr 2000 erstmals und 2002 erneut ausgelobten bundesweiten Wettbewerb „Preis Soziale Stadt“.

Allerdings ist auch das Programm Soziale Stadt an die grundgesetzlich vorgegebene Kompetenzverteilung nach dem Ressortprinzip (Art. 65 GG) und die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern (Art. 83 ff. GG) gebunden. Dies erschwert eine Bündelung auf Bundesebene, weil das BMVBW die Forderung anderer Ressorts, die auch eine gebietsbezogene Förderung durchführen (wie etwa das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie mit der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung), an der Gebietsauswahl beteiligt zu werden, nicht erfüllen kann. Die Gebietsauswahl für das Programm Soziale Stadt obliegt nämlich den Ländern. Hier ist noch kein Weg einer förderlichen Kooperation gefunden.

Als problematisch erweisen sich in der Praxis auch die unterschiedlichen Fördermodalitäten (Voraussetzungen, Zeiträume, Subsidiaritäten) der einzelnen Programme. Während beispielsweise die Stadterneuerung ihre Mittel raumbezogen einsetzt, sind Förderungen von Beschäftigung und Qualifizierung (z.B. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen [ABM], Strukturpassungsmaßnahmen [SAM]) oder der Sozial- und Jugendhilfe personenbezogen. In fast allen Politiksektoren wird jedoch diskutiert und teilweise schon praktiziert, die Förderung ergänzend zur Adressatenorientierung präventiv auch am Sozialraum zu orientieren. Dies gilt etwa für die wichtigen Bereiche der Jugendhilfe und der Gesundheitsfürsorge, wengleich es hier noch erhebliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung gibt<sup>7</sup>.

Auf EU-Ebene stellt sich dieses Kompetenzverteilungs- und Subsidiaritätsproblem so nicht. Das URBAN-II-Programm ist dadurch gekennzeichnet, dass die verfügbaren Mittel für alle notwendigen Aufgaben im Rahmen der Stadtteilentwicklung hier zusammengefasst sind und daher die verschiedensten Anträge aus einem Fördertopf bedient werden können. Dafür sind hier allerdings die Hürden für die Aufnahme in das Programm wesentlich höher (z.B. Ex-ante-Evaluation, genaue Festlegung der angestrebten Ziele, Verpflichtung zu fortlaufendem Monitoring und Evaluation); zudem kommen bundesweit nur zwölf Städte in den Genuss dieses Programms, und der Schwerpunkt liegt eindeutig bei der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

Darüber hinaus wird das Bundesländer-Programm Soziale Stadt durch die Strukturfondsförderung 2000-2006 der EU ergänzt. Ermöglicht wird dies durch die Mittel und Projekte der EU-Strukturpolitik zur „Erneuerung städtischer Problemgebiete“. Förderungen durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) können nicht nur über URBAN II, sondern auch über die EU-Regelförderung für Ziel-1- und Ziel-2-Gebiete erfolgen. Förderungen des Europäischen Sozialfonds (ESF) können mit EFRE-Mitteln kombiniert werden<sup>8</sup>.

### Länder

In vielen Bundesländern wurden von den jeweiligen Landesregierungen interministerielle Arbeitsgruppen eingesetzt – so beispielsweise 1999 in Mecklenburg-Vorpommern; hier kommen Vertreterinnen und Vertreter aus dem Ministerium für Arbeit und Bau, dem Sozialministerium, dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, dem Innenministerium, dem Wirtschaftsministerium, dem Umweltministerium, dem Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpom-

mern e.V. und dem Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V. zusammen. Unter der Federführung des Ministeriums für Arbeit und Bau werden dort Förderanträge beraten und verabschiedet, programmbeleitende Arbeitshilfen und Veröffentlichungen erstellt. Eine Förderfibel für das Land Mecklenburg-Vorpommern wurde 2001 vom Ministerium für Arbeit und Bau in Abstimmung mit der hier IMAG genannten Gruppe vorgelegt<sup>9</sup>. In Nordrhein-Westfalen übernehmen die Mitglieder der schon seit vielen Jahren bestehenden interministeriellen Arbeitsgruppe koordinierende Aufgaben in ihrem jeweiligen Ressort; gleichzeitig sind sie Ansprechpartner für die Kommunen und das federführende Städtebauministerium. Diese Arbeitsgruppe entscheidet unter anderem über Anträge von Kommunen, in das Programm Soziale Stadt aufgenommen zu werden, und harmonisiert laufende Förderprogramme. Die Entscheidungen der in Nordrhein-Westfalen INTERMAG genannten Arbeitsgruppe haben empfohlenen Charakter.

Andere Länder, wie z.B. Baden-Württemberg, verzichten auf solche interministeriellen Arbeitsgruppen und begnügen sich mit einem Kabinettsbeschluss, der die Ressorts dazu auffordert, ihre Programme bevorzugt in Gebieten der Sozialen Stadt einzusetzen. In wieder anderen Ländern, wie z.B. Hamburg, wird über Mittelbündelung nicht in einem größeren Kreis mehrerer Ressorts verhandelt, sondern projektbezogen in einem bilateralen Gespräch mit dem je beteiligten Ressort unter Federführung der Stadtentwicklungsbehörde.

Einen weitergehenden Ansatz verfolgt das Land Sachsen-Anhalt beim Einsatz des Programms URBAN 21, das eine Bündelung aller für die Stadtentwicklung einsetzbaren Landesprogramme vorsieht. In die Förderung aufgenommen werden nur Konzepte, die mehrere der Leitziele verfolgen,

die die EU in ihrem Aktionsrahmen „Nachhaltige Stadtentwicklung in der Europäischen Union“ aufgeführt hat. Die Landesinitiative URBAN 21 wird begleitet von einem Arbeitskreis, dem unter Vorsitz des Wirtschaftsministeriums Vertreterinnen und Vertreter der hauptsächlich beteiligten Ressorts, der Regierungspräsidien, des Städte- und Gemeindebundes, der wohnungswirtschaftlichen Landesverbände und wissenschaftlicher Begleitinstitute wie des DSSW (Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft) angehören. Dieser Arbeitskreis entscheidet im Einvernehmen mit dem jeweiligen Fondsverwalter über die grundsätzliche Annahme eines Antrags. Eine Bündelung mit EU-Mitteln erfolgte auch im Saarland. Dort wurde die Ziel-2-Förderung mit den Mitteln des Programms Soziale Stadt im Landesprogramm „Stadt-Vision-Saar“ zusammengeführt.

Eine Vereinheitlichung der Förderrichtlinien verschiedener Ressorts oder die Einführung einer dem Prinzip der Einheit der Landesverwaltung eigentlich entsprechenden zentralen Antragstelle für alle an das Land gerichteten Förderanträge ist außer in Sachsen-Anhalt nirgends verwirklicht. Hilfreich sind auf die spezifischen Probleme der Programmgebiete zugeschnittene Zusammenstellungen der integrierbaren Förderprogramme, wie sie etwa Bayern erstellt hat. Dieser Katalog „soll die Erarbeitung von ganzheitlichen Lösungsansätzen fördern, das Zusammenwirken der einzelnen Fachbereiche unterstützen und somit bei der Ausarbeitung und Umsetzung von integrierten Handlungskonzepten Hilfen bieten“<sup>10</sup>. In Niedersachsen berät die Landestreuhandstelle, die auch einen umfangreichen Katalog der in Gebieten der Sozialen Stadt einsetzbaren Förderprogramme erarbeitet hat<sup>11</sup>, alle Antragsteller und hilft ihnen, die richtige Stelle für ihr Förderanliegen zu finden. In Nordrhein-Westfalen wurden

durch die landeseigene Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung (G.I.B.) und das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) Einrichtungen geschaffen, die zum Thema Beantragung und Bündelung von Fördermitteln beraten. Manche Länder, wie z.B. Bayern oder Nordrhein-Westfalen, nutzen auch ihre Bezirksregierungen als Bündelungsbehörden. Doch ist auch hier oftmals der Anspruch einer effektiven Mittelbündelung nicht zu verwirklichen. Die in Ost wie West eingefahrenen und seit Jahrzehnten durchaus auch bewährte vertikale Versäulung der jeweiligen Fachverwaltungen vom Bund über das Land und die Bezirksregierungen bis zu den kommunalen Ämtern ist für das Verwaltungshandeln in Deutschland nach wie vor prägend<sup>12</sup>.

Gleichwohl mehren sich über die erwähnten Initiativen hinaus die Ansätze vernetzten Vorgehens. Denn inzwischen gibt es zunehmend ressortspezifische Programme, die insbesondere in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf eingesetzt werden. So wurden z.B. in Nordrhein-Westfalen das 1 000-Lehrerstellenprogramm des Schulministeriums, das Sonderprogramm zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit durch das Sozialministerium, das Programm für Jugend mit Zukunft – Bewegung, Spiel und Sport in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf (jetzt Werkstatt Sport) aufgelegt. Das hessische Sozialministerium unterstützt das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt durch die Förderung flankierender sozialer Maßnahmen zur Vorbereitung, Begleitung und Sicherung von Investitionen im Rahmen der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt – HEGISS<sup>13</sup>.

### **Kommunen und Projekte**

Trotz Bündelungsbemühungen auf übergeordneten Ebenen sind nach wie vor die Kommunen und die Pro-

jekte die zentralen Orte für die Bündelung der Ressourcen. Mittel, die nicht bereits ohnehin zusammengeführt sind, wie dies etwa bei dem EU-Programm URBAN II der Fall ist, müssen gebündelt werden. Defizite hinsichtlich Absprachen und Abstimmungen auf Bundes- und Landesebene werden auf der kommunalen Ebene deutlich erfahrbar. Die Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik bei den Programmgemeinden der Förderjahrgänge 1999 und 2000 hat denn auch ergeben, dass sich die Bündelung in den weitaus meisten Fällen auf die traditionellen Felder der Städtebauförderung, der Wohnungsbauförderung, des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes und der Arbeitsverwaltung beschränkte.



Das Jugendzentrum Leinefelde im Bau. Foto: Weeber + Partner

Im Allgemeinen scheint es große Unsicherheit über Fördermittel und Antragswege zu geben. Es fehlen vielfach zentrale Stellen in den Ländern und in den Kommunen, die bei der Beantragung von Fördermitteln beraten. In vielen Bundesländern und von einzelnen Regierungsbezirken sind integrierbare Förderprogramme auf Länderebene (in Förderfibeln) zusammengestellt worden. In anderen muss Entsprechendes noch erarbeitet werden<sup>14</sup>. Zeitverzögerungen bei der Umsetzung des Programms Soziale Stadt und Schwierigkeiten bei der Mittelbündelung ergeben sich auch dadurch, dass teilweise die für die Gebiete relevanten Förderprogramme

erst nach Programmbeginn neu aufgelegt wurden und Projekte daher nur zeitversetzt beantragt werden konnten.

Die Gemeinden selbst haben vielfach ämterübergreifende Strukturen geschaffen, um über Anträge aus den Gebieten der Sozialen Stadt zügig entscheiden zu können. Hier finden sich enge Verbindungen mit den eingesetzten Quartiermanagements. Auch gibt es, z.B. in Essen, Überlegungen, die Stadtverwaltung zur Effizienzsteigerung generell gebietsbezogen zu organisieren, um auf diese Weise zu erreichen, dass die Verwaltung räumlich abgestimmt und präventiv handelt (Grimm/Micklinghoff/Wermker 2001). In Gelsenkirchen –

Bismarck/Schalke-Nord werden verwaltungsinterne Absprachen in einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe getroffen. Mit der Landes-, der Regierungsbezirks- und der Stadtebene abgestimmt wird das Stadtteilprogramm in einer Projektsteuerungssitzung der Verwal-

tungsspitze. Maßnahmen und Fördermittelanträge werden hier, unter Einbezug der Akteure aus dem Stadtteil, der Verwaltung und den Projektträgern, von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtteilbüros koordiniert. Ähnliche Strukturen wurden beispielsweise auch für die Nördliche Innenstadt von Dortmund, für Kassel-Nordstadt und Quartiere in München und Nürnberg geschaffen.

In fast allen Modellgebieten des Bund-Länder-Programms wurden auf kommunaler Ebene ämter- oder dezenternübergreifende Lenkungsgremien als Steuerungsinstrumente eingesetzt. Einige Programmbegleitun-

gen-vor-Ort (PvOs) berichten, es werde tendenziell ein zu hoher formaler Aufwand bei der Abstimmung zwischen verschiedenen Verwaltungssektoren auf kommunaler Ebene, aber auch in den Länderverwaltungen betrieben. Konzeptionelle Absprachen zwischen Akteuren der verschiedenen Ebenen fänden dagegen nicht im ausreichenden Maße statt. Hinzu kommt, dass in vielen Kommunen das Programm Soziale Stadt nicht als Investitions- und Leitprogramm für den Einsatz kommunaler Ressortmittel verstanden wird, sondern als zusätzliche Finanzierungsmöglichkeit für bereits geplante Maßnahmen, die aufgrund von städtischen Haushaltskonsolidierungen bisher nicht umgesetzt werden konnten.

Beispielhaft für die Bündelung von Ressourcen ist der Neubau des Jugendzentrums in Leinefelde, das nach einem ökologischen Baukonzept errichtet wurde. Finanziert wurde das Gebäude durch das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, den Landkreis Eichsfeld und die Stadt Leinefelde. Die Außenanlagen wurden mit Mitteln des Programms Soziale Stadt gestaltet. Das durch E&C-Mittel geförderte Modellprojekt „Miteinander“, mit dem die Integration von Spätaussiedlern unterstützt werden soll, wurde an das Jugendzentrum angebunden.

Exemplarisch für den Bereich Ressourcenbündelung ist auch die Finanzierung der so genannten Wohngebietsbetreuerinnen und -betreuer im Modellgebiet Schwerin – Neu Zippendorf, die zur Unterstützung der Nachbarschaften im Quartier eingesetzt werden. Verschiedene Förderquellen ermöglichen dieses Projekt: Aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) werden anteilig Qualifizierungskosten übernommen, Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) finanziert die Bundesanstalt für Arbeit, und Investitionskosten für die Nachbarschaftstreffs werden durch das Pro-

gramm Soziale Stadt getragen. Hinzu kommen Mittel aus dem Länderprogramm „Gemeinwesenorientierte Arbeit (GAP)“ sowie Eigenmittel der Schweriner Wohnungsbaugenossenschaft eG (SWG) und des Vereins „Hand in Hand e.V.“. Die Wohnungsbaugenossenschaft ist Trägerin der Maßnahme, sie arbeitet jedoch eng mit dem Verein „Hand in Hand e.V.“ zusammen, da ein Teil der eingesetzten Fördermittel nur von einer gemeinnützigen Organisation in Anspruch genommen werden kann.

### Private Ressourcen

Die größten privaten Investoren der Sozialen Stadt sind die Wohnungsunternehmen. Sie modernisieren ihren Bestand an Wohnungen vor allem in den Großsiedlungen und Plattenbauten, verbessern auf eigenem Grund und Boden das Wohnumfeld, stellen Hausmeister oder Concierges ein – nicht selten Langzeitarbeitslose aus dem Gebiet, die so die Möglichkeit zur Weiterqualifikation erhalten – und beschäftigen zum Teil Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, um die Wohngebiete zu stabilisieren (Sachs 2001, S. 133 ff.). Ihre Investitionssumme übertrifft die der staatlichen Förderung durch das Bundes-Länder-Programm Soziale Stadt um ein Vielfaches. Die wirtschaftlichen Interessen der Wohnungsunternehmen werden hier zum tragfähigen Motiv für dieses Engagement<sup>15</sup>. Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. erfasst die Investitionsmittel seiner Mitglieder, die in die Programmgebiete fließen, erst seit kurzem statistisch, weshalb aussagekräftige Daten noch nicht zur Verfügung stehen. In den Altbauquartieren kommt den hier primär vertretenen privaten Einzeleigentümern eine zentrale Rolle zu. Bei ihnen besteht, wie bei den Wohnungsunternehmen auch, der Konflikt zwischen kurzfristiger Gewinnerwartung und langfristiger Sicherung des Gebäudewerts, zwischen Stabilisierung der vorhandenen Bevölkerungs-

struktur und Aufwertung des Gebiets mit der Folge von Verdrängung bisheriger Bewohnerinnen und Bewohner.

Eine wichtige Rolle in den Gebieten der Sozialen Stadt spielt auch die private Wirtschaft. Die Stärkung der lokalen Ökonomie ist eine ganz wesentliche Voraussetzung für die positive und nachhaltige Entwicklung in den Gebieten<sup>16</sup>. Die Gesamtsumme der privat investierten Mittel kann nicht erfasst werden. Jedoch ist wie bei der traditionellen Städtebauförderung anzunehmen, dass diese Investitionen in dem Maße zunehmen, wie sich in den Gebieten eine Stabilisierung oder gar Aufwärtsentwicklung abzeichnet.

Das finanzielle Engagement nicht-staatlicher Akteure ist häufig höher als die zur Verfügung stehenden Fördermittel für die entwicklungsbedürftigen Quartiere aus öffentlicher Hand. So setzen beispielsweise in Gelsenkirchen – Bismarck/Schalke-Nord die evangelische Kirche und die privaten Hauseigentümer Ressourcen innerhalb des Stadtteilprogramms ein. Investiert wurde in den Neubau der Evangelischen Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck, den Neubau der „Solarsiedlung Bismarck“ sowie den Neubau der „Einfach und Selber Bauen-Siedlung“ im Quartier. Außerhalb des Gesamtkonzeptes des Stadtteilprogramms fließen umfangreiche Mittel von zwei Wohnungsunternehmen, der Gemeinnützigen Gelsenkirchener Wohnungsgesellschaft (GGW) und der Treuhandstelle THS, in die Wohnungsmodernisierung und die Wohn-

umfeldverbesserung im Quartier (AGB/ILS 2002).

Von erheblicher Bedeutung sind auch die Verbände der freien Wohlfahrtspflege, die Eigen- und Fremdfördermittel für soziale Zwecke in den Gebieten einsetzen. Soziale Maßnahmen, Jugend- und Familienhilfe, Gesundheitsförderung, Ausländerintegration und zahlreiche weitere Funktionen werden von ihnen wahrgenommen. Die Höhe der so zum Einsatz kommenden Mittel ist ebenfalls nicht bekannt, sie dürfte aber erheblich sein.

Zunehmende Bedeutung ist auch dem „social sponsoring“ und dem „corporate citizenship“ beizumessen<sup>17</sup>. Unterschiedliche Initiativen wie „startsocial – der Wettbewerb für soziale Ideen“<sup>18</sup> und „Unternehmen: Partner der Jugend (UPJ)“<sup>19</sup> lenken ihr Engagement auch in Quartiere mit beson-

Ausschreibung des Wettbewerbs  
„Preis Soziale Stadt 2002“

Soziale Stadt

Preis Soziale Stadt 2002

**Preis Soziale Stadt 2002**

Einladung zur Mitwirkung  
am Wettbewerb

	AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.
	Deutscher Städtebund
	GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V.
	Schader-Stiftung
	TreuHandStelle GmbH Essen
	vhw Bundesverband für Wohneigentum, Wohnungsbau und Stadtentwicklung e.V.

derem Entwicklungsbedarf. Während „startsocial“ thematisch den Wissenstransfer aus der Wirtschaft in den sozialen Bereich unterstützt, vernetzt die Bundesinitiative UPJ Einrichtungen der Jugend- und Sozialarbeit mit überwiegend kleinen und mittelständischen Wirtschaftsunternehmen auf lokaler und regionaler Ebene.

Die Auslobung des Wettbewerbs Soziale Stadt in den Jahren 2000 und 2002 zeigt ein weiteres Engagement unterschiedlicher Beteiligter, die die Ansätze und Ziele des Programms unterstützen. Bei diesem Wettbewerb, der nicht auf die Programmgebiete beschränkt ist, werden innovative Ansätze der Mittelbündelung und integrative Projekte, die verschiedene Handlungsfelder miteinander verknüpfen, ausgezeichnet. Der Wettbewerb zeigt ebenso wie zahlreiche Veranstaltungen und Initiativen der Wohnungsunternehmen, der Wohlfahrtsverbände und sonstiger Einrichtungen, z.B. von Stiftungen wie der Schader-Stiftung oder der ZEIT-Stiftung, dass die Ziele und Ansätze des Programms Soziale Stadt auf breite Zustimmung treffen und viel Unterstützung erfahren.

### Fazit

Ressourcenbündelung im Sinne des Programms Soziale Stadt erfordert neue Kooperationsformen für den zielgerichteten Einsatz von Mitteln in den Gebieten auf der Grundlage eines integrierten Handlungskonzepts. Die Erfahrungen der Programmbegleitungen-vor-Ort aus dem Jahr 2001 lassen selbst in Gebieten, in denen die Umsetzung des Programms bereits fortgeschritten ist, zum Teil erhebliche Umsetzungsprobleme bei der Mittelbündelung erkennen.

Beklagt wird neben Defiziten in der Harmonisierung von Förderprogrammen, dass es an Zusammenstellungen der integrierbaren Förderprogramme mangelt oder aber entsprechende Übersichten unzureichend oder nicht

aktuell sind. Hilfreich wäre es nach Auffassung vieler Gemeinden, wenn Förderrichtlinien, -zeiträume und -voraussetzungen so aufeinander abgestimmt sind, dass die Mittel von den Kommunen mit geringem Aufwand sinnvoll gebündelt werden können. Dies ist z.B. wegen wechselseitiger Subsidiaritätsforderungen teilweise nur schwer oder gar nicht möglich.

Die aus dem Fehlen von Transparenz resultierende Unsicherheit über einsetzbare Fördermöglichkeiten sowie unterschiedliche Laufzeiten, Antragswege und Förderbedingungen der einzelnen Programme widersprechen dem geforderten integrierten Programmansatz. Weitere Harmonisierungen von Förderprogrammen auf Bundes- und Länderebene sowie die Einrichtung eines kommunalen Fördermittelmanagements werden von vielen Akteuren vor Ort für die weitere Umsetzung des Programms als zentral angesehen. Es bleibt zu hoffen, dass die zweite Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik in den Programmgebieten Ende 2002 deutliche Fortschritte bei der Ressourcenbündelung signalisieren wird.

■ Rolf-Peter Löhr und Verena Rösner, Difu

### Anmerkungen

- 1 Einzelheiten zu den Bündelungsleistungen von Bund und Ländern finden sich auch in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU vom 14.11.2001 (vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 14/7459), [dip.bundestag.de/btd/14/074/1407459.pdf](http://dip.bundestag.de/btd/14/074/1407459.pdf).
- 2 Ein vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zusammengestellter Katalog über die Initiativen auf Bundesebene für das Programm Soziale Stadt findet sich im Internet unter [www.sozialestadt.de/programm/foerderprogramme/uebersicht-bmvbw.shtml](http://www.sozialestadt.de/programm/foerderprogramme/uebersicht-bmvbw.shtml).

- 3 Nähere Informationen siehe unter [www.eundc.de](http://www.eundc.de).
- 4 Eine Programmübersicht findet sich unter [www.sozialestadt.de/programm/partnerprogramme](http://www.sozialestadt.de/programm/partnerprogramme).
- 5 Runderlass der Bundesanstalt für Arbeit vom 27. März 2000 zum Förderprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“ an die Arbeitsämter, Landesarbeitsämter und die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV), Betreff: Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM); Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (JuSoPro).
- 6 Hierzu weitere Informationen auf der Internetseite [www.gesundheitberlin.de](http://www.gesundheitberlin.de) zu Armut und Gesundheit.
- 7 Siehe dazu beispielsweise: Institut für soziale Arbeit e.V. (2002), Institut für stadtteilbezogene soziale Arbeit und Beratung (ISSAB) (2002), Trojan/Legewie (2001) und Alisch (2001).
- 8 Über die Ressourcenbündelung in anderen europäischen Ländern berichtet Sander (2002).
- 9 Ministerium für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) (2001).
- 10 So Staatsminister Dr. Günther Beckstein und Staatssekretär Hermann Regensburger im Vorwort der Publikation über integrierbare Förderprogramme (Oberste Baubehörde 2002).
- 11 LTS Niedersächsische Landestreuhandstelle und vdW Niedersachsen-Bremen, Verband der Wohnungswirtschaft in Niedersachsen und Bremen e.V. (Hrsg.), Handbuch „Soziale Stadt“, Stand März 2000, Hannover.
- 12 Soweit die verschiedenen Ebenen involviert sind.
- 13 Die vom hessischen Sozialministerium herausgegebenen „Fördergrundsätze für nichtinvestive soziale Maßnahmen im Rahmen der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS)“ vom 17. Mai 2001 finden sich im Internet unter [www.sozialestadt.de/gebiete/dokumente/hegiss.shtml](http://www.sozialestadt.de/gebiete/dokumente/hegiss.shtml).
- 14 Eine Zusammenstellung der von den Bundesländern herausgegebenen Sammlungen über die in das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ integrierbaren Förderprogramme befindet sich im Internet unter [www.sozialestadt.de/programm/foerderprogramme/buendelung-laender.pdf](http://www.sozialestadt.de/programm/foerderprogramme/buendelung-laender.pdf).
- 15 Hans Fürst, Beitrag auf einer Podiumsdiskussion im Rahmen der Starterkonfe-

- renz, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) (2000), Dokumentation der Starterkonferenz, 1./2. März 2000, Berlin, S. 229 (= Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt; Bd. 4); [www.soziale-stadt.de/veroeffentlichungen/arbeitspapiere/band4](http://www.soziale-stadt.de/veroeffentlichungen/arbeitspapiere/band4).
- 16 Hierzu siehe beispielsweise Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (2000) und Soziale Stadt info 5, im Internet unter <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/newsletter/info5.pdf>.
- 17 Vgl. hierzu etwa den Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ vom 3. Juni 2002, Bürger-schaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesell-schaft, BT-Drs. 14/8900.
- 18 Nähere Informationen siehe unter [www.startsocial.de](http://www.startsocial.de).
- 19 Nähere Informationen siehe unter [www.upj-online.de](http://www.upj-online.de).

## Literatur

- AGB (Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung am Institut für Raumplanung der Universität Dortmund)/ILS (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (2002), Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord. Integrierte Stadtteilentwicklung auf dem Weg zur Verstetigung. Abschlussbericht der Programmbegeleitung-vor-Ort (PvO) im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ im Auftrag des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), Dortmund, April 2002.
- Alisch, Monika (Hrsg.) (2001), Sozial – Gesund – Nachhaltig. Vom Leitbild zu ver-träglichen Entscheidungen in der Stadt des 21. Jahrhunderts, Opladen.
- ARGEBAU, Ausschuss für Bauwesen und Städtebau und Ausschuss für Wohnungs-wesen, Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, Zweite Fassung, Stand 1.2.2000, abge-druckt in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Programmgrundlagen (= Arbeits-papiere zum Programm Soziale Stadt, Bd. 3), Berlin, Februar 2000; [www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/arbeitspapiere/band3](http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/arbeitspapiere/band3).
- Becker, Heidede, Thomas Franke, Rolf-Peter Löhr, Robert Sander und Wolf-Christian Strauss (1998), Städtebauförderung und Ressourcenbündelung. Expertise zur Vor-bereitung eines Forschungsfelds „Stadtteile mit Entwicklungspriorität“ im Experimen-tellen Wohnungs- und Städtebau (Ex-WoSt), Berlin (Deutsches Institut für Urba-nistik).
- Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode (Hrsg.), Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Peter Götz, Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Dirk Fischer (Hamburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/6085 –, Das Programm „Die soziale Stadt“ in der Bewährungsphase und seine Zukunftsperspektive für die Städte und Gemeinden, Drucksache 14/7459 vom 14.11.2001; [dip.bundestag.de/btd/14/074/1407459.pdf](http://dip.bundestag.de/btd/14/074/1407459.pdf)
- Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) (2002), Die Soziale Stadt. Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, im Auftrag des Bundesmi-nisteriums für Verkehr, Bau- und Woh-nungswesen, Berlin.
- Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) (2000), Dokumentation der Starterkonfe-renz, 1./2. März 2000, Berlin (Arbeitspa-piere zum Programm Soziale Stadt; Bd. 4); [www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/arbeitspapiere/band4](http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/arbeitspapiere/band4).
- Grimm, Gaby, Gabriele Micklinghoff und Klaus Wermker (2001), Raumorientierung der Verwaltung. Vom Modell zur Regel-struktur: Erweiterung der Verwaltungsre-form-Debatte um den räumlichen Aspekt, in: Soziale Stadt info 6, Oktober 2001, S. 13–17, [www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/newsletter/info6.pdf](http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/newsletter/info6.pdf).
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-West-falen (ILS) (2000), Lokale sozio-ökono-mische Strategien in Stadtteilen mit be-sonderem Entneuerungsbedarf. Local Socio-Economic Strategies in disadvan-taged urban areas. Report on the European Conference on March 30th und 31st 2000 in Dortmund, Dortmund (ILS).
- Institut für soziale Arbeit e.V. (ISA) (Hrsg.) (2002), Fachforum zur sozialraumorien-tierten Planung in Gebieten mit besonde-rem Entwicklungsbedarf. Konzepte, Erfah-rungen, Visionen. Dokumentation zur Veranstaltung am 12. und 13. Juni 2001 in Braunschweig, im Auftrag der Regiestelle E&C der Stiftung SPI Sozialpädagogisches Institut Berlin, im Auftrag des Bundesmi-nisteriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Münster; [www.eundc.de/download/ff\\_sozraumplan.pdf](http://www.eundc.de/download/ff_sozraumplan.pdf).
- Institut für stadtteilbezogene soziale Arbeit und Beratung (ISSAB) (2002), Expertise Sozialräumliche Finanzierungsmodelle, im Auftrag der Regiestelle E&C der Stiftung SPI Sozialpädagogisches Institut Berlin, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Essen, April 2002; [www.eundc.de/download/ex\\_hinte.pdf](http://www.eundc.de/download/ex_hinte.pdf).
- Ministerium für Arbeit und Bau Mecklen-burg-Vorpommern (Hrsg.) (2001), Stadttei-le mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt. Arbeitshilfe, Schwerin.
- Oberste Baubehörde im Bayerischen Staats-ministerium des Innern (Hrsg.) (2002), Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt. Integrierbare Förderprogramme, München (Städtebauförderung in Bayern, Arbeits-blatt Nr. 5).
- Sachs, Michael (2001), Wohnungsunterneh-men gestalten soziale Stadt, in: Bundes-SGK Sozialdemokratische Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (Hrsg.), Zukunft Stadt. Mit den Menschen für die Menschen, Berlin, S. 133–141.
- Sander, Robert (2002), Europäische und amerikanische Erfahrungen mit der sozia-len Stadtteilentwicklung, in: Deutsches In-stitut für Urbanistik (Hrsg.), Die Soziale Stadt. Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Ber-lin, S. 298–321.
- Trojan, Alf, und Heiner Legewie (2001), Nachhaltige Gesundheit und Entwicklung. Leitbilder, Politik und Praxis der Gestal-tung gesundheitsförderlicher Umwelt- und Lebensbedingungen, Frankfurt/M.
- VV-Städtebauförderung, Verwaltungsverein-baung über die Gewährung von Finanz-hilfen des Bundes an die Länder nach Art. 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV-Städtebauförderung 2002) vom 19. Dezember 2001 und 9. April 2002; [www.sozialestadt.de/programm/grundlage/vv-staedtebaufoerderung-2002.pdf](http://www.sozialestadt.de/programm/grundlage/vv-staedtebaufoerderung-2002.pdf).

# „Anbandeln und bündeln!“

## Erfahrungen mit Ressourcenbündelung in Berlin

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist ein wunderbares Programm für Stadterneuerer, die in der Berliner Tradition der „behutsamen“ und der „sozialen“ Stadterneuerung von einer ganzheitlichen Analyse zu ganzheitlichen Strategien der Stabilisierung und Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Potenziale in und für einen Stadtteil gelangen wollen. „So haben wir schon immer arbeiten wollen“, vermitteln diejenigen, die sich nicht zur Schonung ihrer eigenen Kräfte auf ihre städtebaulich-baulichen Produkte zurückziehen. Also begeben sie sich wieder und wieder auf die Jagd nach den weiteren Ressourcen – oder hetzen das von ihnen beauftragte Jagdrudel hinter diesen her. Denn die Ressourcenbündelung muss in Berlin hart und für jeden Einzelfall erkämpft werden.

Es fehlt nicht an der obersten Weihe. Der Beschluss zum Programm wurde von allen Senatsressorts in dem dazu üblichen Senatsbeschluss gemeinsam gefasst und drückt dezidiert den Willen zur integrativen Herangehensweise und zur Mittelbündelung aus. Er machte es möglich, dass in allen siebzehn Berliner Quartiersmanagementgebieten für insgesamt 140 000 Menschen Kooperationsgremien und Kooperationsprojekte auf jeder notwendigen Ebene und in fast jeder erforderlichen Struktur etabliert werden konnten. In einigen Stadtteilen arbeiten sie mit wachsender eigener Kreativität und Dynamik; dies gibt Hoffnung, dass über die Freude am Erfolg dieser Zusammenarbeit auch die Einsicht in die Notwendigkeit einer neuen bürokratischen Organisation und neuer Funktionsabläufe wächst.

In vielen Stadtteilen müssen die Ämter, die Synergien schaffen sollen,

aber immer wieder vom Jagdrudel, dem Quartiersmanagement, zusammengetrieben werden. Die Aussicht auf Teilhabe an den Fördermitteln hilft ein wenig – und schon deshalb ist das Programm „Soziale Stadt“ so wunderbar.

Aber der Senatsbeschluss führte nicht zu einer strukturellen Mittelbündelung der öffentlichen Verwaltungen. Auch der Versuch einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe, die Weichen hin zu einem Programm und Verfahren „Urbane Integration“ zu stellen, scheiterte an den reformunwilligen oder den ihr eigenes Produkt sorgfältig hütenden Haushältern und Fachleitern. Das Produkt „integrierte Dienstleistungen“ ist wohl noch nicht ausreichend erkennbar für die Berliner Verwaltungen.

Wir brauchen also noch lange unsere Jagdhund-Rudel, die unsere Fachämter zur Zusammenarbeit ermutigen und befähigen, jedem ein bisschen Geld für ein umfassenderes Projekt abringen, mithilfe individueller Überzeugungskraft – oder durch quartiersöffentlichen Druck – die Träger des jeweiligen Fachwissens einbinden in gemeinsames Denken und Planen oder diese im ungünstigsten Falle wenigstens davon abhalten, zu bremsen oder sogar zu verhindern.

Von diesen strukturellen Defiziten abgesehen, ist das Programm „Soziale Stadt“ auch in Berlin ein wunderbares Programm. Noch bevor die Verwaltungsvereinbarung unterschrieben war, konnten z.B. die Akteure am Kottbusser Tor in Kreuzberg mit der zukünftig zu fordernden Bündelung ein Projekt auf den Weg bringen, das sowohl den Bewohnerinnen und Bewohnern der Großwohnanlage als



auch den Gewerbetreibenden und der Platzöffentlichkeit deutlich vor Augen führte: „Jetzt geht's los – mit mehr als Absichtserklärungen!“ Die Großwohnanlage wurde beherrscht durch den unerträglichen Zustand der unkontrollierbaren Eingangsbereiche und der unübersichtlichen Treppenhäuser. Drogenabhängige und Obdachlose hatten diese zu ihrem Bereich gemacht. Eine „normale“ Benutzung für Bewohnerinnen und Bewohner mit ihren Kindern war nicht mehr möglich. Mit Hilfe des MieterInnen-Beirats konnten alle Interessierten für ein „Maler-Projekt“ zusammengebracht werden. Das bezirkliche Sozialamt stellte Mittel aus dem Programm „Integration durch Arbeit“ zur Verfügung und forderte aus seinem Klientel Jugendliche zum Mitmachen auf, der Eigentümer stellte Aufenthalts- und Ausbildungsräume sowie anteilige Materialkosten zur Verfügung, aus dem Landesprogramm „Wohnumfeldmaßnahmen in Großsiedlungen“ – später aus „Soziale Stadt“ – kam der restliche Finanzierungsteil. Ein Träger übernahm die

Qualifizierung und den Einsatz der jungen Menschen zur malermäßigen Instandsetzung der gesamten Wohnanlage. Der Anleiter des Teams wurde nach dem ersten Projekt-Durchgang vom Eigentümer in eine eigene Instandhaltungsgruppe übernommen und dem Projekt weiter zur Verfügung gestellt. Die Arbeit des Teams und dessen permanente Anwesenheit haben die problematischen Fremdnutzer vertrieben. Heute ist dadurch das Nutzungsproblem weitgehend entschärft, die Eingänge und Flure sind instand gesetzt, und es hat sich eine Vielzahl weiterführender Projekte aus dieser ersten gemeinsamen Anstrengung der Akteure entwickelt. Ein Besuch im Gebiet lohnt sich.

Heute, im dritten Programmjahr, sind wir kleine Schritte weiter gekommen. Die Verknüpfung mit Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen (ABM und SAM) in den Projekten „Soziale Stadt“ ist zwar weiterhin ein mühsamer Prozess, aber das Verständnis für den regionalen, stadtteilbezogenen und synergetischen Ansatz ist auch durch die Teilnahme von Personal des Arbeitsamts am monatlichen Jour Fixe aller Quartiersmanagementteams mit der Verwaltung gewachsen. Im eigenen Haus, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, wird die jeweilige Fach-Programmplanung für eine Reihe von Förder- oder Investitionsprogrammen dem Referat „Soziale Stadt“ zur Kenntnis gegeben, damit die regionale Zuordnung der Mittel mit der vom Senat beschlossenen Kulisse „Soziale Stadt“ als Prioritätsgebiet überprüft und notfalls ergänzt werden kann. Darunter fallen Landesprogramme wie „Stadtweite Maßnahmen“, „Schul- und Sportstättenanierungsprogramm“ und „Programm zur Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit zur Verbesserung öffentlicher Infrastruktur“.

Über das eigene Haus hinaus gelang ein Durchbruch, als nach längerer Überzeugungsarbeit bei der Wirt-

schaftsverwaltung ein Förderprogramm „Städtische und Lokale Infrastruktur“ in den Europäischen Regionalfonds 2000 bis 2006 eingebracht werden konnte, das nun zur ergänzenden Kofinanzierung des Bundesländer-Programms „Soziale Stadt“ zur Verfügung steht. Die die Gebiete betreuenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind sich noch nicht ganz einig, ob der dadurch erreichte finanzielle Mehrwert nicht durch die Arbeitsbelastung durch extreme Papierkram-Anforderungen aufgeessen wird. Aber die mit EFRE unterstützten Projekte werden den Nachweis für die Notwendigkeit und die Effektivität eines europäischen Engagements in die ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltige, friedliche Entwicklung und Stabilisierung der europäischen Städte bringen – das wäre ein bisher wenig beachteter Mehrwert.

Und was kommt nun konkret für den Stadtteil aus all dieser Mittel-Jagd heraus? Für die „Zille-Grundschule“ im Stadtteil Boxhagener Platz in Friedrichshain wird sich der Wunsch nach einer Umgestaltung des großflächig versiegelten Schulhofs nach Vorstellungen von Schülerinnen, Schülern und Lehrpersonal durch das energische Manager des Teams realisieren lassen. Nicht nur der Rhythmus des Schuljahres und die Bedürfnisse der Schulorganisation sind ausschlaggebend für das Gesamtprojekt, sondern auch der Akquisitionserfolg des Teams. Im ersten Bauabschnitt wurde ein offenes Klassenzimmer mit Weidenpergola neu bepflanzt und gesichert. Der zweite Bauabschnitt bescherte eine Kletterseilpyramide. Im dritten Bauabschnitt werden ein Teil des Schulhofs begrünt, ein Kletterfels errichtet und Spiel- und Balanciermauern gebaut. Für den vierten Bauabschnitt – wer-

den die Beteiligten ein Labyrinth, Kunstobjekte, weitere Entsiegelungen, eine Sechseckschaukel wollen? – konnten neben kommunalen Leistungen zu den europäischen und Bundes- sowie Landesfördermitteln in der „Sozialen Stadt“ Projekte aus dem Schul- und Sportstätten-Sanierungsprogramm, dem Umweltentlastungsprogramm und in Form von Arbeitsfördermaßnahmen hinzu „gesammelt“ werden. Wer sich in diesem vielfältig belasteten Stadtteil mitten in Berlin heute entscheiden kann, ob er hier wohnen bleibt oder sein schulreifes Kind lieber in einen anderen Stadtteil verpflanzt, wird sich durch ein solches Angebot beeindrucken lassen. Wenn er oder sie dann einen offeneren Blick für die vielen kleinen und vielfältigen Projekte im Quartiersmanagementgebiet Boxhagener Platz und deren nachhaltiges Veränderungspotenzial bekommt, möglicherweise beim nächsten Werkstatt-Gespräch mit macht und eigene Zukunftsideen einbringt, dann hat das Jagdhund-Rudel dort, das Quartiersmanagementteam, gewonnen – und mit ihm vielleicht die ganze Stadt.



■ Monica Schümer-Strucksberg  
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung  
Referat „Soziale Stadt“  
Württembergische Straße 6,  
10707 Berlin  
Telefon: 030/9012-7588  
Telefax: 030/9012-3189  
E-Mail: monica.schuemmer-strucksberg@sen-stadt.verwalt-berlin.de

Fotos: SenStadt  
Montage: Günter Neuberger



„Soziale Stadt –  
meine Sicht“

## Ressourcenbündelung – Vom Richter zum Delinquenten

Die Nassauische Heimstätte, eine hessische Heimstätte für die Mieterinnen und Mieter von rund 45 000 Wohnungen mit Sitz in Frankfurt am Main, zählt zu den Pionieren der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt/HEGISS und bietet an mehreren Standorten, mittlerweile bundesweit, unter anderem Dienstleistungen im Spektrum dieses Förderprogramms für die Kommunen an. Der schwierigste und deshalb attraktive hessische Standort, der ehemalige „Starkenburgring“ in Dietzenbach (heute Spessartviertel), wird von uns seit 1997 entwickelt und bearbeitet. Seit März 2002 wird diese Aufgabe durch den jüngsten Standort „Östliche Innenstadt“ in Offenbach am Main positiv ergänzt ([www.offenbach.de](http://www.offenbach.de)). Dieses Gebiet, das vor allem aufgrund seiner Größe, Bevölkerungsdichte, gewerblichen Nutzungen und Gemengelage interessante Herausforderungen bereithält, rundet insgesamt das Spektrum von Verfahrensträgerschaft, Projektsteuerung, Quartiersmanagement, Projekteinzelenwicklung und Pro-

jektmanagement (so etwa Produktionsschule-West am Standort Unterliederbach-Ost in Frankfurt am Main) ab.

Ressourcenbündelung heißt im Kontext unserer Tätigkeiten Netzwerken. Dieser auf den ersten Blick positiv besetzte Begriff hält reichhaltige Fallstricke bereit, die ich im Folgenden für Sie etwas provokativ im Kontext des Programms „Soziale Stadt“ pointieren möchte:

- Netzwerken und Ressourcenbündelung dürfen nicht als Ersatz für eine vielerorts verspätete und überfällige Verwaltungsreform missbraucht werden, diesem Zweck aber dürfen sie dienen.
- Die Vernetzung der Bürgerinteressen mit den Interessen von Politik und Verwaltung sollte nicht für die Sozialisierung städtebaulicher Pleiten missbraucht werden.
- Um die Dienstleistungen der „Sozialen Stadt“ herum ist ein Markt entstanden, an dem viele partizipieren. Die „Pfründe auf soziale Problemlagen“ wurden qua dieses neuen Marktes aufgehoben. Dies schafft Konkurrenz. Konkurrenz belebt die Qualität des Produktes. Konkurrenz erschwert aber Netzwerken, vor allem derjenigen untereinander, die am Markt konkurrieren.
- Die Bearbeitungsformen des Quartiersmanagements müssen interdisziplinär und nachhaltig sein, um dem Zwecke dienen zu können, vernetzend und ressortübergreifend zu wirken.

Die Verwaltungen vieler Kommunen sind ebenso schwerfällig, segregiert in ihren Bearbeitungsformen und behäbig in Abwicklung und Umsetzung wie die Apparate der Wohnungswirtschaft und der sozialen Träger und dabei in ihren Auswirkungen gleichzusetzen mit spezialisierter Planungspriorität der freien Planungsbüros. Diesen obliegt zwar nicht die Bürde der Behäbigkeit, sie scheinen aber

häufig getrieben von planerischer Schwerpunktbildung und dem Glauben daran, ohnehin bereits zu wissen, was die anderen zu wollen scheinen.

Organisationsentwicklung tut not. Alle sitzen im selben Boot, und der Richter wird zum Delinquenten. Das meint: Nicht nur die Verwaltung einer Kommune gilt es im Sinne von Ressourcenbündelung zu bewegen, sondern es gilt sich selbst zu bewegen, bevor man in die Lage versetzt wird, den Schwierigkeitsgrad der Aufgaben der „Sozialen Stadt“ bewältigen zu können.

Deshalb scheinen mir Bearbeitungsformen, die interdisziplinär und damit fach- und ressortübergreifend wirken können, die probateste Methode zu sein, um dem Kunden Kommune in seinen berechtigten Ansprüchen Genüge zu tun. Jede Form der dirigistischen, lediglich die Einzelsicht verfolgenden Annäherungsweise an eine Problemlösung kann im Programm „Soziale Stadt“ langfristig nur fehl schlagen.

Der Prozess der Überwindung von Eitelkeiten, der Überwindung von Einzelkämpfertum, der Überwindung von Machtmonopolen durch Anhäufung von spezialisiertem, gut gehütetem Fachwissen für Einzellösungen, der Überwindung von Impertinenz gegenüber anderen Fachbereichen und vor allem gegenüber den vermeintlichen Laien – also den Bürgerinnen und Bürgern in unseren Städten – beinhaltet für alle Beteiligten auch die Bewegung ins eigene Innere.

- Marion Schmitz, Projektleiterin  
Stadt- und Baulandentwicklung,  
Nassauische Heimstätte  
Frankfurt am Main  
Telefon: 069/6069-142  
E-Mail: [marion.schmitz@naheimst.de](mailto:marion.schmitz@naheimst.de)

# Das Netzwerk

## Lokale Ökonomie Nordrhein-Westfalen

---

### Entstehungshintergrund und Intention des Netzwerks

Derzeit wird der Begriff der Förderung Lokaler Ökonomien von verschiedenen Seiten mit Pointierung jeweils unterschiedlicher Facetten verwendet. Es handelt sich dabei um einen zumindest im Kontext der Stadterneuerung positiv besetzten Begriff, der für ein neues, an Bedeutung gewinnendes Handlungsfeld angewendet wird. Die Wirtschaftsförderung wird auf sozialräumliche Bezüge ausgerichtet, die Bürgerbeteiligung und -aktivierung auf Gewerbetreibende ausgeweitet.

Nach dem Vorläufermodell in Duisburg-Marxloh entstanden in NRW nach und nach in weiteren Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf Büros für lokale Wirtschaftsentwicklung. Mitte 1999 schlossen sich die ersten Akteure aus solchen Projekten zusammen, um ein Forum für den direkten praktischen Erfahrungsaustausch der dort tätigen „Macherinnen“ und „Macher“ aufzubauen, das vorhandene Wissen zu bündeln und das Thema Lokale Ökonomie stärker zu befördern. Mit der Zeit etablierten sich regelmäßige Treffen, stießen neue Mitglieder hinzu und konnten unterstützende Partner gefunden werden.

Die offen gestaltete Organisations- und Arbeitsform hat sich bis heute bewährt. Als Kontaktstelle existiert die Funktion einer Sprecherin/eines Sprechers, im jährlichen Turnus von einem Mitglied übernommen. Zurzeit liegt die Aufgabe bei Petra Reif (Activa GmbH, p.reif@aktiva.nl). Um das Netzwerk als anerkannten Verbund von Akteuren und Experten vor Ort nach außen zu profilieren und die hinter den Projekten stehenden Träger

einzubinden, wurde mittels einer Absichtserklärung die Unterstützung der jeweiligen Kommunen eingeholt.

### Wer sind die Mitglieder?

Mittlerweile sind in dem Netzwerk acht Einrichtungen vertreten, die sich in benachteiligten Stadtteilen, teilweise schon mit langjähriger Erfahrung, mit der Förderung Lokaler Ökonomien beschäftigen. Dazu zählen: Entwicklungsgesellschaft Duisburg (EG DU); Büro für Wirtschaftsentwicklung (Gelsenkirchen); Projekt „Pro Wirtschaft Hamm Westen“; Stadtteilbüro in Oberhausen; Stadtteilentwicklung im Geschäftsbereich Soziales, Jugend und Gesundheit (Wuppertal); Firmenkundenberatung, Existenzgründungsberatung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Wuppertal mbH; Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsbüro Nordstadt „L.Ö.N.E.! – Lokale Ökonomie in der Nordstadt entwickeln!“ (Dortmund); Activa GmbH, Oberhausen und die Planungsgruppe STADTBÜRO, Dortmund.

Die Förderung der Lokalen Ökonomie setzt – ausgehend von den speziellen Bedarfen, Potenzialen und vielversprechendsten Perspektiven in einem Stadtteil – in unterschiedlicher Weise inhaltliche und strategische Schwerpunkte. Darüber hinaus lassen sich grundsätzliche Handlungsansätze formulieren, die in unterschiedlicher Intensität in allen Stadtteilen vorzufinden sind: „gewerbeorientiertes Streetworking“ (Jutta Schultes, Wuppertal), Vernetzung von Gewerbetreibenden untereinander und mit anderen Stadtteilakteuren, Standortmarketing, Einbindung von wirtschaftsrelevanten Einrichtungen (kommunale Wirtschaftsförderung, Kammern, Verbände) in die Stadtteilpro-

jekte, Lotsensystem zur Vermittlung von Beratung und Förderung von Unternehmen, neue gewerbliche Entwicklung, Einbindung arbeitsmarktbezogener Projekte sowie Entwicklung von Projekten unter Einbindung und Förderung der Eigeninitiative der Gewerbetreibenden. Einen kurzen Überblick über die jeweiligen Ansätze und Arbeitsschwerpunkte der Mitglieder bietet die gemeinsame Internetplattform des Netzwerks [www.lokaleoekonomie.de](http://www.lokaleoekonomie.de).

### Erreichtes

Neben der Etablierung als Forum der kollegialen Beratung seiner Mitglieder hat sich das Netzwerk als Lobbyist der Lokalen Ökonomie platziert, unter anderem durch die Beteiligung an wirtschaftsrelevanten regionalen Politikdiskussionen und Entscheidungsprozessen. Nachdem die einzelnen Projekte vor Ort Bündnispartner für lokale Wirtschaftsentwicklung in Stadtplanung, Wirtschaftsförderung, Verbänden gewonnen haben, lenkt das Netzwerk auch auf überregionaler Ebene die Aufmerksamkeit auf den Stellenwert und die spezifischen Anforderungen der Lokalen Ökonomie hinsichtlich Förderlogiken, indem es versucht, das Thema in der regionalen Strukturpolitik (z.B. Lokale Ökonomie als Kompetenzfeld) und beim Wirtschaftsministerium zu platzieren.

### Ausblick

Für die Zukunft hat sich das Netzwerk Weiteres vorgenommen:

- Entwicklung eines gemeinsamen Interreg-Projektantrags;
- Diskussion um Controlling- und Evaluationsansätze zur Lokalen Ökonomie unter Einbindung von quantitativen und qualitativen Indikatoren (z.B. Mitarbeiter- und Kundenbefragung);

- stärkere Verbindung des Netzwerks mit anderen Netzen;
- Organisation eines überregionalen Erfahrungsaustauschs (Workshops) mit Projekten in anderen Bundesländern und dem Ausland (z.B. Niederlande).

Wenn Sie Kontakt zum Netzwerk Lokale Ökonomie wünschen, wenden Sie sich an die Sprecherin oder an die Autorinnen:

- Susanne Wewer  
Planungsgruppe STADTBÜRO,  
Huckarder Straße 8–12,  
44147 Dortmund  
Telefon: 0231/9 73 20 73  
E-Mail: s.wewer@STADTBUERO.com

und Wiebke Claussen

## *Wohnen und Leben in Neunkirchen*

### **Themenkonferenz zu Wohnungsmodernisierung und Wohnumfeldverbesserung**

Die Verbesserung der Wohnsituation und des Wohnumfelds sind wichtige Ziele für die weitere Entwicklung der Neunkircher Innenstadt. Zwar reicht das Angebot an Wohnungen im Gebiet rein quantitativ aus, aufgrund überalterter Bausubstanz sind jedoch zahlreiche Mietshäuser und Wohnungen sanierungs- und renovierungsbedürftig. Neben der nicht mehr zeitgemäßen Bauweise und Ausstattung der Gebäude weist auch das Wohnumfeld erhebliche Defizite auf. Aus diesen (städte-)baulichen Missständen folgen eine hohe Fluktuation bei den Mieterinnen und Mietern und eine geringe Bindung der Bewohnerschaft an das Quartier. Aufgrund dieser Wechselwirkungen zwischen Wohnqualität und Sozialstruktur kommt der Wohnungsmodernisierung und der Wohnumfeldverbesserung im Rahmen der „Sozialen Stadt“ besondere Bedeutung zu.

Am 11. April 2002 fand daher unter dem Motto „Wohnen und Leben in Neunkirchen“ eine Themenkonferenz statt. Durchgeführt wurde sie gemeinsam von der Stadt Neunkirchen, dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) sowie der Forschungs- und Informations-Gesellschaft für Fach- und Rechtsfragen der Raum- und Umweltplanung mbH (FIRU) als der Programmbegleitung-vor-Ort (PvO), unterstützt von der ortsansässigen Wohnungsbaugesellschaft GSG.

Mit der Konferenz sollten Wege und Möglichkeiten zur Wohnungsmodernisierung, zur Aufwertung des Wohnungsbestands in der Innenstadt Neunkirchens und zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im direkten Wohnumfeld aufgezeigt werden. Darüber hinaus sollten alle betroffenen lokalen Akteursgruppen zu Wort

kommen und ihre Sichtweisen und Ideen darstellen. Entsprechend waren Vertreterinnen und Vertreter des Landes, der Stadtverwaltung, der Politik, des Stadtteilbüros, der Siedlungsgesellschaft, vieler karitativer Organisationen, des Bürgerstammtischs sowie Eigentümer in die Wohn- und Gewerberesidenz Vogelstraße gekommen, um das Thema von allen Seiten zu beleuchten. Dass sowohl Oberbürgermeister Decker als auch Bürgermeister Fried an der Konferenz teilgenommen haben, zeigt das große Interesse der Stadtspitze am Programm „Soziale Stadt“ und am Thema „Wohnungsmodernisierung“.

Herr Sander (Difu) wies in seinem einführenden Beitrag darauf hin, dass es im Rahmen der integrativen Prozesse der „Sozialen Stadt“ darauf ankommt, nicht nur finanzielle Mittel, sondern auch das Wissen und die Erfahrungen der verschiedenen Akteure zu bündeln. Dies erfordere bei allen Beteiligten Veränderungen, die nicht immer leicht fallen. So müssten Bund und Länder Freiräume schaffen, um neue Verfahren der Ressourcenbündelung zu ermöglichen. Die kommunale Verwaltung müsse ein Stück ihrer Macht abgeben und Anregungen von unten aufnehmen. Von den Bürgerinnen und Bürgern werde erwartet, dass sie selbst aktiv werden. Herr Sander appellierte an die anwesenden Akteure, als Multiplikatoren die Ideen und Konzepte weiterzutragen. Auch Herr Jacob (FIRU mbH) von der Programmbegleitung-vor-Ort rief zur Bildung von Handlungs- oder Projektallianzen auf.

Herr Müller-Zick vom Ministerium für Umwelt des Saarlandes beleuchtete anschließend die veränderten Bedingungen auf dem Wohnungsmarkt.

Aus Sicht des Landes soll die Wohnraumnachfrage vorrangig dort befriedigt werden, wo Arbeitsplätze, Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen vorhanden sind, wo man zu Fuß und mit dem Öffentlichen Personennahverkehr gut hinkommt und wo Wohnungen flächenschonend bereitgestellt werden können. Daher sei das Wohnen in Citylagen – auch für Familien, Senioren und Singles sowie für einkommensstärkere Haushalte – unter anderem durch die Aufwertung der Wohnungsqualität, des Umfelds und der Freiräume attraktiver zu machen. Hierbei ist die Zusammenarbeit mit den privaten Haus- und Wohnungseigentümern gefragt, aber auch die Ausschöpfung der Fördermöglichkeiten durch Bund, Land und die Europäische Union. Im Sinne der Mittelbündelung und -koordinierung steht zur Wohnungsmodernisierung und Wohnumfeldverbesserung eine Reihe unterschiedlicher Fördermittel zur Verfügung.

Herr Detemple vom Stadtplanungsamt, dem die Federführung beim Programm „Soziale Stadt“ in Neunkirchen obliegt, stellte die Bedeutung der Wohnungsmodernisierung für die nachhaltige Aufwertung des Modellgebiets in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Er machte unter anderem die lange Zeit im Vordergrund stehende Revitalisierung großflächiger Industriebrachen sowie die heterogenen Eigentumsverhältnisse für den heutigen Renovierungs- bzw. Modernisierungstau bei den Wohngebäuden verantwortlich. Diesen gelte es nunmehr unter anderem mithilfe des Programms „Soziale Stadt“ abzubauen. Detemple appellierte an alle Beteiligten mitzuhelfen, „dass die Wohnungsmodernisierung nicht zwischen Fördermodalitäten und Antragsdickicht zerrieben wird“.

Anhand studentischer Entwürfe stellte das Lehrgebiet Landschafts- und Grünordnungsplanung der Universität Kaiserslautern Visionen und Wege



zur Wohnumfeldverbesserung vor. Die Semesterarbeiten, in deren Mittelpunkt „Grün als Motor der Bewohnerzufriedenheit“ stand, zeigten Möglichkeiten auf, wie Freiraumqualitäten erhöht, Plätze schöner gestaltet und Aufenthaltsbereiche im direkten Wohnumfeld geschaffen werden können.



In den Pausen nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, auf Pinnwänden ihre Ideen und Vorschläge zur Wohnungsmodernisierung zu präsentieren. Sie machten jedoch auch auf die Hemmnisse aufmerksam. So wurde deutlich, dass

Gleichgültigkeit oder fehlendes Kapital bei einigen Hauseigentümern die Entwicklung erschweren. Auch Unsicherheiten bei der Beantragung von Fördermitteln traten als Hinderungsgründe zutage. An einem großen Plan des Fördergebiets konnten die Anwesenden dringend benötigte Maßnahmen und Änderungen einzeichnen. Sie waren jedoch auch dazu aufgefordert mitzuteilen, was jede der anwesenden Akteursgruppen selbst zur Aufwertung der Innenstadt beitragen kann. Die Vorschläge reichten von der Förderung von Initialprojekten durch Land über die Auslobung von Hinterhofwettbewerben bis hin zur Übernahme von Patenschaften für Pflanzbeete durch Bewohnerinnen und Bewohner, Einzelhändler usw.

Handlungsansätze aus der Sicht verschiedener Akteure standen im Mittelpunkt der nachfolgenden Statements. Herr Waller von der örtlichen Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft verwies auf das Unterstützungspotenzial seiner Gesellschaft bei der Modernisierung von Wohnungen, z.B. durch die Beratung modernisierungswilliger Eigentümer. Frau Biehl-Reinshagen berichtete aus der Arbeit des Stadtteilbüros. Sie wies vor allem auf fehlende Treffpunkte, Aufenthaltsräume und Spielmöglichkeiten im Gebiet hin und forderte eine stärkere Einbeziehung der Wünsche und Bedürfnisse der Bewohnerschaft bei der Planung.

Herr Specht vom Bürgerstammtisch formulierte die Ansprüche der Bewohnerinnen und Bewohner an die Wohnsituation und machte deutlich, dass auch „kleine private Maßnahmen“ wie Reinigungs- und Räumdienste, Sicherung leer stehender Gebäude oder Hinterhofgestaltungen große Wirkungen entfalten können. Herr Weichel von der Arbeitslosenselbsthilfe wies auf Möglichkeiten der Verknüpfung von Projekten zur Wohnumfeldverbesserung mit Beschäftigungs- und Qualifizierungs-

maßnahmen im Garten- und Landschaftsbau hin. Herr Freiberger, der freundlicherweise die Räumlichkeiten für die Veranstaltung zur Verfügung stellte, berichtete von der Motivation und den Erfahrungen bei der Sanierung des im Gebiet liegenden Gebäudes und machte Hausbesitzern Mut, in die Modernisierung zu investieren.



Herr Jacob (FIRU) fasste in einem abschließenden Fazit zusammen, dass Wohnen eines der Kernthemen der Zentrumsentwicklung Neunkirchens darstellt, dass jedoch bereits ein breites Spektrum an Ansätzen der lokalen Akteure vorhanden ist. Es sei nun Aufgabe von Stadt und Stadtteilbüro, die Anknüpfungspunkte aufzugreifen und die Akteure zusammenführen.

Aufräumaktionen oder Begrünungsmaßnahmen könnten erste Zeichen setzen.

Langfristig kommt es darauf an, einige Pilotprojekte der Siedlungsgesellschaft oder privater Eigentümer anzustoßen, von denen Impulse und Ausstrahlungseffekte auf die umliegenden Quartiere ausgehen

können. Mit dem gebündelten Engagement und Know-how von Stadt, Siedlungsgesellschaft und Stadtteilbüro kann auf der Grundlage der neuen Förderrichtlinien für die Wohnungsmodernisierung eine gezielte Eigentümeransprache eingeleitet werden. Es müssen jedoch auch kleinteilige Identifikationsbereiche geschaffen werden. Hier sind vor allem die Stadtteilbüros gefragt, um die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner zu erkunden und diese zur Eigeninitiative und Mitarbeit zu aktivieren.

- Sabine Herz  
Forschungs- und Informations-Gesellschaft für Fach- und Rechtsfragen der Raum- und Umweltplanung (FIRU mbH)  
Karl-Marx-Straße 27 B  
67655 Kaiserslautern  
Telefon: 0631/36245-23  
Telefax: 0631/36245-99  
E-Mail: S.Herz@FIRU-mbH.de  
Fotos: FIRU mbH

**Sie möchten Soziale Stadt info abonnieren?**

# ABONNEMENT

Schicken Sie uns eine E-Mail:  
**sozialestadt@difu.de**

oder ein Telefax: **030/39 001-269**

Geben Sie bitte Ihren vollständigen Namen, die Adresse, ggf. Dienststelle oder Institution, aber auch Telefon, Telefax an.

Oder senden Sie einfach eine Postkarte an:  
Deutsches Institut für Urbanistik,  
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin.

# Kongressbericht: „Die Soziale Stadt – Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft“

Am 7. und 8. Mai 2002 wurde im Rahmen des vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen mit Unterstützung des Difu veranstalteten Kongresses „Die Soziale Stadt – Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft“ in Berlin eine erste Bilanz zum Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ gezogen. Die Teilnahme von mehr als 1 200 Menschen zeigte die große Aufmerksamkeit für die Situation in den benachteiligten städtischen Quartieren und für Erfahrungen mit dem Ende 1999 aufgelegten Programm, an dem Ende 2001 bereits 249 Stadtteile in 184 Gemeinden (in 2002 sogar 300 Programmgebiete) beteiligt sind. Zum Kongress erschien das vom Difu herausgegebene Begleitbuch „Die Soziale Stadt“ mit einem bilanzierenden Bericht des Difu sowie einem Resümee der Erfahrungen aus der Programmbegleitung vor Ort in den 16 Modellgebieten der Sozialen Stadt.

*Kurt Bodewig*, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, eröffnete den Kongress mit Hinweis auf positive Erfahrungen, die zeigten, „dass die Vielfalt von Maßnahmen und Projekten und die intensive Zusammenarbeit der Akteure für eine Aufbruchstimmung gesorgt haben“. Die Bundesregierung werde ihre Unterstützung für die Städte fortsetzen, wobei neben dem Programm Soziale Stadt auch die Reform der Gemeindefinanzierung eine bedeutende Rolle spielen solle. „Die Gestaltung der pluralen Stadt – einer Stadt ohne Diskriminierung und ohne Ausgrenzung – ist für mich eine der wichtigsten Aufgaben des 21. Jahrhunderts“, betonte Bundeskanzler *Gerhard Schröder*. Die Städte seien „Laboratorien



für neue Formen der sozialen Integration“ und müssten deshalb bei dieser „schwierigen und für unsere Gesellschaft so wichtigen Integrationsarbeit“ unterstützt werden.

Nach Beiträgen von *Bärbel Wartenberg-Potter*, Landesbischöfin der Nordelbischen Evangelisch-lutherischen Landeskirche Lübeck, die in der Entwicklung der Städte des 21. Jahrhunderts ebenfalls einen „Testfall unserer Menschlichkeit und Zukunftsfähigkeit“ sieht, und *Klaus Wiesehügel*, Bundesvorsitzender der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, wurde auch aus kommunaler Sicht der große Handlungsbedarf in den Quartieren der Sozialen Stadt hervorgehoben. Die politischen Spitzen dreier Großstädte erläuterten die teilweise erschwerten Ausgangsbedingungen: zum Ersten die besondere Situation der ostdeutschen Städte mit dramatischen Leerständen und massivem Bevölkerungsrückgang (*Wolfgang Tiefensee*, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig), zum Zweiten die

prekäre Haushaltslage der Kommunen (*Petra Roth*; Frankfurt am Main), vor deren Hintergrund sich eine umfassende Gemeindefinanzreform sowie eine Reform der Gewerbesteuer als unverzichtbar darstellten. Zum Dritten betonte *Christian Ude* (Oberbürgermeister der Stadt München) die Notwendigkeit, sozialen Zuspitzungen direkter vorzubeugen – dies stelle auch eine prosperierende Stadt wie München vor besondere Herausforderungen.

Inwieweit mit „Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft“ Chancen für einen gesellschaftlichen Wandel verbunden sind, stand im Zentrum der ersten Podiumsdiskussion (Moderation: *Brigitte Bastgen*, ZDF). Wesentliche Diskussionspunkte betrafen die massiven Auswirkungen des demographischen Wandels auf die sozialen Sicherungssysteme und die herausragende Rolle der Schulen nicht nur als Orten der Vermittlung von Wissen, sondern auch von sozialer Kompetenz (*Prof. Dr. Christian Pfeiffer*, Minister für Jus-

tiz des Landes Niedersachsen). Besorgniserregend sei der Verlust des Zusammenhalts als einer „zentralen Kategorie der Demokratie“; und es seien verstärkte Bemühungen nötig, Verwahrlosung bereits im Anfangsstadium massiv zu begegnen (*Dr. Werner A. Perger, DIE ZEIT, Hamburg*). Ganz zentral sei es, dem bürgerschaftlichen Engagement als Rückgrat eine Infrastruktur anzubieten; darüber hinaus gehe es um „organisierte Solidarität“, mit der Ausgrenzungen entgegengetreten wird, um eine „zivile Stadtkultur“ bewahren zu können (*Dr. Julian Nida-Rümelin, Kulturstatsminister*). Zusammenleben und zwischenmenschliche Solidarität seien auf lokaler Ebene zu entwickeln; dabei spiele die „Größenskala“, die Überschaubarkeit der Quartiere, eine besondere Rolle (*Prof. Dr. John Friedmann, University of British Columbia, Vancouver*).

Bei der zweiten Podiumsdiskussion hatten Praktiker aus verschiedenen Handlungsfeldern das Wort (Moderation: *Uwe Rada, taz*). *Gertrud Hautum*, Stadtdirektorin im Münchner Planungsreferat, hob die Entwicklung von Perspektiven für beschäftigungslose Jugendliche sowie quartiersbezogene Kulturprojekte als wichtige Aktionsbereiche hervor und verwies auf Schwierigkeiten der Bündelung von Fördermitteln auf der Verwaltungsebene. Da Fußball für viele nicht nur in Gelsenkirchen einen „Lebensmittelpunkt“ bedeute, sei die Vernetzung von Stadtteilclubs und sportlicher Nachwuchsförderung mit den Schulen und dem Stadtquartier sehr wichtig (*Bodo Menze, Nachwuchsmanager des Fußballvereins Schalke 04*). *Ercan Idik* von der Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH votierte für eine Stärkung der Lokalen Ökonomie durch Identifizierung der endogenen Potenziale und Förderung der Selbständigkeit. Seitens der Wohnungswirtschaft wurde für verstärkte und von den Wohnungsunternehmen zu unterstützende Nachbarschaftshil-

fe plädiert (*Klaus Pfitzenreuther, Geschäftsführer der Glückauf Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Lünen*). Nach Auffassung von *Dr. Manfred Ragati* (Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt, Bonn) handelt es sich beim Programm Soziale Stadt um ein „Reparaturprogramm“, sodass stärker noch als bisher gesamtstaatlich an den Ursachen, z.B. der Arbeitsmarktpolitik, angesetzt werden müsse. Die Soziale Stadt als Ziel sei eine Managementaufgabe für alle Beteiligten, erläuterte *Ralf Elsässer* (doppelspitze, Agentur für kooperative Planung, Beratung und Moderation, Leipzig) und verwies auf die Notwendigkeit weiterreichender Politikansätze wie Veränderungen des Grundsteuersystems und der Eigenheimzulage. Weil die in das Programm aufgenommenen Stadtteile als „Testfelder für die Stadtpolitik der Zukunft“ anzusehen und die im Rahmen des Kongresses vorgestellten Beispiele bisher noch Ausnahmen seien, brauche es einen „langen Atem“, um zu einer generellen „avancierten Praxis“ der Sozialen Stadt zu gelangen (*Prof. Dr. Klaus Selle, Universität Aachen*).

Der zweite Kongresstag wurde mit Beiträgen von *Siegfried Scheffler*, Mitglied des Deutschen Bundestages, zur Geschichte sowie den Problemen



und Perspektiven des Stadtteils Trep-tow, in dem der Kongress stattfand, und *Peter Strieder*, Senator für Stadtentwicklung in Berlin, zur Bedeutung, die die Länder dem Programm beimessen, eingeleitet. Anschließend beleuchtete *John Friedmann* in seinem „Blick von außen“ die Widersprüche

zwischen „Systemwelt“ von Verwaltung und Politik einerseits und „Lebenswelt“ in den Quartieren andererseits. Bei den abschließenden beiden Podiumsdiskussionen standen dann die Modellgebiete der Sozialen Stadt im Mittelpunkt.

Die erste Podiumsrunde (Moderation: *Prof. Urs Kohlbrenner, Berlin*) beschäftigte sich mit der Stärkung der Lokalen Ökonomie, illustriert durch Videofilme aus der Nordstadt in Kassel, dem Leipziger Osten und dem Kottbusser Tor in Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg (Videos von *Daylight, Berlin*). Aus den Beiträgen und Kommentaren der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer mit sehr unterschiedlichem Erfahrungshintergrund (*Dieter Begaß, Wirtschaftsförderung Aachen, Sahinder Öztürk, Geschäftsmann, Berlin, Gabriela Pohle, Stadtteilmanagement Kassel, Diana Stuhr, Bildungswerk der sächsischen Wirtschaft, Leipzig, Dr. Rolf-Peter Löhr, Difu*) wurde die zentrale Rolle einer funktionierenden Lokalen Ökonomie für die langfristig tragfähige Entwicklung in den Quartieren deutlich. Herausgearbeitet wurde die große Bedeutung von Bestands- und Bedarfsanalysen, Beratung und Betreuung im Einzelfall, um „Hilfe zur Selbsthilfe“ und die Vernetzung der



ansässigen Betriebe auf Basis der vorhandenen Stadtteilpotenziale und darauf zugeschnittener kleinteiliger Entwicklungskonzepte organisieren zu können. Erforderlich seien die verstärkte Zusammenarbeit mit Trägern der Arbeitsmarktpolitik und mit Unternehmen, ein größeres gebietsorien-

tiertes und auch an Klein- und Kleinstunternehmen ausgerichtetes Engagement der Wirtschaftsförderung und Rückendeckung durch die Politik.

bierte etwa um das Zehnfache übertrifft. Es sei nicht verwunderlich, dass vorhandene Initiativen, engagierte Gruppen und Einzelpersonen in diesen Quartieren häufig nichts vonein-



Bei der zweiten Podiumsrunde (Moderation: Prof. Dr. Rudolf Schäfer, TU Berlin) ging es um die Ressource Aktive Bürgerschaft. Die eingespielten Videofilme zeigten Projekte und Aktivitäten aus Hamburg-Lurup, Schwerin-Neu Zippendorf und Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord. Auch hier stammten die Diskutanten aus unterschiedlichen Handlungsfeldern (Sabine Tengeler, Stadtteilladen Hamburg-Lurup, Lale Arslanbenzer, Bürgerforum Dinslaken-Lohberg, Peter Metzler, Schule Schwerin-Neu Zippendorf, Stefan Rommelfanger, Planungsreferat Gelsenkirchen, Dr. Heidede Becker, Difu). Im Mittelpunkt der Diskussion standen die großen Anforderungen (bis hin zu Überforderungen) an Bewohnerschaft und Professionelle, die wichtige Rolle der Schulen als Stadtteil-, möglichst auch als Ganztagschulen, die durch positive Erfahrungen in Schwerin und Gelsenkirchen belegt wurde, sowie die Notwendigkeit, frühzeitig das Kennenlernen und die Zusammenarbeit in den Gebieten der Sozialen Stadt zu organisieren, deren Größe die der traditionellen Sanierungsge-

ander wissen. Unter längerfristiger Perspektive, der Sicherung des Bestands von Projekten und des Engagements aller Akteure, sei es erforderlich, Verfügungsmöglichkeiten über Ressourcen und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen sowie das ressortübergreifende und gebietsorientierte Verwaltungshandeln zu stärken.

In seinem Schlusswort zum Kongress dankte Achim Großmann, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, allen Teilnehmenden und Mitwirkenden für ihr Engagement für die Soziale Stadt und betonte noch einmal die Absicht der Bundesregierung, das Programm Soziale Stadt wegen seiner zentralen Bedeutung für die Stadterneuerungspolitik und Stadtpolitikerneuerung zu verstetigen. Die Dokumentation des Kongresses wird in der Difu-Veröffentlichungsreihe „Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt“ erscheinen.

■ Difu

## Impressum

### Herausgeber:

Deutsches Institut für Urbanistik  
Straße des 17. Juni 112  
D-10623 Berlin

### Redaktion:

Dr. Heidede Becker (v.i.S.d.P.)  
Klaus-Dieter Beißwenger  
Christa Böhme

### Layout und DTP:

Susanna Mayer

### Redaktionskontakt:

Difu-Redaktionsgruppe  
Soziale Stadt info  
Telefon: 030/390 01-282  
Telefax: 030/390 01-275  
E-Mail: redaktion@sozialestadt.de  
Internet: www.sozialestadt.de

### Herstellung:

Deutsches Institut für Urbanistik

### Abdruck:

bei Angabe der Quelle frei,  
Belegexemplar erbeten.

Soziale Stadt info wird  
auf 100-prozentigem  
Recyclingpapier vervielfältigt.



Die Finanzierung erfolgt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) aus Mitteln des Programms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt).

## Veranstaltungshinweise

2.7.2002, Berlin

Kommunaler Erfahrungsaustausch „Familien ausländischer Herkunft in Deutschland: Integration gestalten – Partizipation fördern – Kommunale Erfahrungen und Strategien“; Veranstalter: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Info und Anmeldung: Marina Maier, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Telefon: 069/95789-112; E-Mail: marina-maier@iss-ffm.de

7. bis 9.7.2002, Aachen

Jahrestagung „Städte brauchen mehr als integrierte Entwicklungsprogramme: Das strategische Umfeld von Wohnungs- und Städtebau!“; Veranstalter: Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V., Info und Anmeldung: Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V., Georgenstraße 21, 10117 Berlin, Telefon: 030/20613250, Telefax: 030/20613251, E-Mail: info@deutscher-verband.org

15.7.2002

Einsendeschluss für Projekte, die am Wettbewerb „Preis Soziale Stadt“ teilnehmen wollen. Rückfragen und Einsendung der Unterlagen an: vhw – Bundesverband für Wohneigentum, Wohnungsbau und Stadtentwicklung e.V., Geschäftsstelle des Wettbewerbs „Preis Soziale Stadt 2002“, Straße des 17. Juni 114, 10623 Berlin, Telefon: 030/390473-13, Telefax: 030/390473-19.

16. bis 18.9.2002, Dortmund

Erster bundesweiter Fachkongress „Kinder- und Jugendarbeit – Wege in die Zukunft“ Fachleute aus Praxis und Wissenschaft diskutieren die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit; Weitere Informationen: Wiebken Düx, Erich Sass, Universität Dortmund, Fachbereich 12, Vogelpothsweg 78, 44227 Dortmund, Telefon: 0231/755-6554, E-Mail: duex@fb12.uni-dortmund.de, www.fachkongress-jugendarbeit.de

17. bis 21.9.2002, Berlin

45. Internationaler FICE-Kongress 2002/IGfH-Jahrestagung „Im Dickicht der Städte“. Kinder, Jugendliche und Familien in den Ballungsräumen dieser Welt – Großwerden in urbanen Räumen; Veranstalter: Fédération Internationale des Communautés Educatives (FICE), deutsche Sektion: Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH); Ort: Kinderhaus Berlin-Brandenburg, Neustrelitzer Straße 57, 13055 Berlin; Anmeldung bis spätestens 15. Juli 2002 an: Organisationsbüro FICE Kongress 2002 im Kinderhaus Berlin-Brandenburg, Neustrelitzer Str. 57, 13055 Berlin, Telefon: 030/971018-136, -137, Telefax: 030/971018-140, E-Mail: info@fice-congress2002.de; ausführliches Veranstaltungsprogramm unter [www.fice-congress2002.de](http://www.fice-congress2002.de)

# IGFH-JAHRESTAGUNG



FICE CONGRESS BERLIN 2002



*(Bertolt Brecht)* **IM DICKICHT DER STÄDTE**

Kinder, Jugendliche und Familien in den Ballungsräumen dieser Welt – Großwerden in urbanen Räumen

**17.-21. SEPTEMBER 2002  
HUMBOLDT-UNIVERSITÄT BERLIN**

Auf dem Kongress werden – in Referaten und Symposien, in Arbeitsgruppen und Projektpräsentationen – die Bedürfnisse, Wünsche und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen in städtischen Ballungsräumen ins Blickfeld genommen. Was charakterisiert die Lebenslagen dieser jungen Leute und Familien, welche Perspektiven haben sie? Wie können Erziehungshilfen hierbei unterstützend wirken? Zum Kongress erwarten wir über 180 Referentinnen und Referenten aus insgesamt 33 Ländern der Welt. Es sind national und international renommierte WissenschaftlerInnen, Fach- und Führungskräfte aus den Bereichen der Sozialen Arbeit, Erziehung und Bildung, Sozialökologie, Urbanistik, Stadtentwicklung, Psychologie und Kriminologie. Der Kongress soll ein Forum für den internationalen Austausch über interessante Ansätze und Modelle von „best practice“ darstellen. Alle zentralen Veranstaltungen werden simultan deutsch-englisch-französisch übersetzt.

**ANMELDUNG ZUM KONGRESS BIS SPÄTESTENS 15. JULI 2002**  
Organisationsbüro  
FICE CONGRESS BERLIN 2002  
im Kinderhaus Berlin-Brandenburg  
Neustrelitzer Straße 57  
D-13055 Berlin  
Telefon: +49-(0)30 - 97 10 18 - 136  
+49-(0)30 - 97 10 18 - 137  
Telefax: +49-(0)30 - 97 10 18 - 140  
info@fice-congress2002.de

Unter [www.fice-congress2002.de](http://www.fice-congress2002.de) können Sie sich über das ausführliche Veranstaltungsprogramm informieren. Auf Wunsch schicken wir Ihnen gern das Programmheft zu!

Veranstalter: Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen – Sektion Deutschland der Fédération Internationale des Communautés Educatives (FICE) in Zusammenarbeit mit der Humboldt-Universität Berlin; mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Landesjugendamtes Berlin